
FDP im Römer

ERGEBNISSE DER UMFRAGE VON HAUS & GRUND ERNST NEHMEN!

13.12.2021

Aus Sicht der FDP Römerfraktion gibt das Ergebnis der Umfrage unter den Mitgliedern von Haus & Grund zu deren künftigen Investitionsbereitschaft im Bereich Sanierung und Neubau von Wohnraum Anlass zur Sorge. Die Befragung ergab, dass auf Grund der Entwicklung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen eine derzeit eher geringe Bereitschaft zu Investitionen vorherrscht und es zudem Sorge vor weiteren Regulierungen seitens der Politik gibt. Wenn private Investoren und Wohnungseigentümer ihre Aktivitäten auf dem Markt zurückfahren würden, so hätte dies nach Ansicht der FDP negative Konsequenzen für das Wohnraumangebot und den Mietmarkt in Frankfurt.

Sebastian Papke, planungspolitischer Sprecher: "Wir werden die Umfrageergebnisse sehr ernst nehmen und bei künftigen Entscheidungen berücksichtigen. Private Investoren müssen weiterhin motiviert bleiben, in Frankfurt in neuen Wohnraum zu investieren und den Bestand zu modernisieren statt im Umland aktiv zu werden. Die Politik darf in diesem Zusammenhang keine weiteren Hemmnisse aufbauen. Die FDP wird unter anderem darauf drängen, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte ‚Runde Tisch‘ mit Vertretern von Mietern, Vermietern und Magistrat möglichst bald zustande kommt. Ziel dieses Dialoges ist es aus unserer Sicht, Bau- und Milieuschutzsatzungen in einer Weise weiterzuentwickeln, dass die Belange sowohl der Vermieter als auch der Mieter ausgewogen berücksichtigt werden. Genehmigungsverfahren müssen schneller abgeschlossen werden können, wobei die Digitalisierung der Prozesse ein entscheidender Beitrag sein wird. Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir gefordert, dass die Reform der Grundsteuer nicht zur Mehrbelastung von Mietern und Eigentümern führen darf, sondern durch entsprechende Justierung der Hebesätze insgesamt aufkommensneutral gestaltet werden muss. Die FDP teilt die Forderung von Haus & Grund Frankfurt nach verbesserten Anreizen für private Investitionen. Eine

quantitative und qualitative Verbesserung des Wohnraumangebotes ist nur durch weniger Regulierungen und mehr Dialogbereitschaft aller Akteure zu schaffen“.